

Antrag

des Abgeordneten Christian Baldauf (CDU) und 37 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU und des Abgeordneten Herbert Mertin (FDP) und neun weiterer Abgeordneter der Fraktion der FDP

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit Vorgängen um das Projekt Nürburgring 2009, der finanziellen Aufwendungen und Risiken des Landes für dieses Projekt und der politischen Verantwortung der Landesregierung hierfür

- I. Gemäß Artikel 91 der Landesverfassung in Verbindung mit dem Untersuchungsausschussgesetz und § 89 der Geschäftsordnung des Landtags wird ein Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag eingesetzt, zu untersuchen
 1. auf welcher wirtschaftlichen Konzeption für den Betrieb des Nürburgrings und der hier neu errichteten Anlagen die Investitionen beruhen, die in den Jahren 2007 bis 2009 realisiert wurden, insbesondere
 - welche Machbarkeitsstudien und Businesspläne von welchen Gutachtern mit welchen Ergebnissen hierzu erstellt wurden,
 - über welche Referenzen die ausgewählten Gutachter verfügten,
 - in welcher Weise die Businesspläne von der Nürburgring GmbH verantwortlich umgesetzt wurden,
 - in welchem Umfang die Nürburgring GmbH selbst sowie Unternehmen in privater Hand Investitionen vornehmen sollten,
 - welche der geplanten Projektteile mit welchen Errichtungskosten geplant wurden,
 - welche tatsächlichen Investitionskosten feststehen,
 - welche Bauverzögerungen und Baumängel zu verzeichnen sind, welches die Ursachen hierfür sind, wer hierfür die Verantwortung trägt und welche Kostenfolgen dies hat,
 - wie das Betreiberrisiko für die neuen Anlagen am Nürburgring ursprünglich zugeordnet werden sollte und wie dieses nach Fertigstellung der Anlagen tatsächlich zugeordnet ist,
 - welche Miet- und Pachtverträge durch die Nürburgring GmbH bzw. in ihren Beteiligungen und die Mediinvest/MSR zu welchen Konditionen abgeschlossen wurden,
 - in welchem Umfang Mediinvest bzw. deren Geschäftsführer am Ticketverkauf des Projektes Nürburgring 2009 partizipiert,
 - welche Bemühungen um private Investoren, Bauträger und Betreiber stattgefunden haben und welche dieser Bemühungen aus welchen Gründen scheiterten,
 - wie es zu der Kooperation der Landesregierung sowie der Nürburgring GmbH mit der Firma Mediinvest und deren Inhaber und Geschäftsführer kam,
 - ob und ggf. durch wen das Land, die Nürburgring GmbH, die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) und/oder die RIM die Kompetenz, Referenzprojekte und die wirtschaftlichen Verhältnisse der Mediinvest und ihrer Inhaber und Gesellschafter mit welchem Ergebnis geprüft hat oder hat prüfen lassen,

2. auf welchen vertraglichen Grundlagen das Projekt beruht oder zeitweise beruhte, insbesondere
 - welche Verträge das Land Rheinland-Pfalz und Gesellschaften mit unmittelbarer oder mittelbarer Beteiligung des Landes im Zusammenhang mit der Realisierung des Projektes geschlossen haben – im Speziellen die Verträge, die das Land, die Nürburgring GmbH, die Motorsport Resort Nürburgring GmbH, die Nürburgring Erlebnisregion BetriebsGmbH, die ISB und die RIM untereinander und mit den Gesellschaften des IPC-Konzerns und den Unternehmen Mediinvest und den Gesellschaften des Pinebeck-Konzerns und Gesellschaften, die mit der Person des Schweizer Kaufmanns Urs Barandun verbunden sind, geschlossen haben,
 - welche Verträge diese Vertragspartner des Landes oder der Gesellschaften mit unmittelbarer oder mittelbarer Beteiligung des Landes im Zusammenhang mit diesen Geschäften untereinander geschlossen haben,
 - ob die Gestaltung der Vertragskonzeptionen mit haushaltsrechtlichen Bestimmungen vereinbar ist und hierbei die Grundsätze der parlamentarischen Kontrolle, der Haushaltstransparenz, der Nachhaltigkeit und der Wirtschaftlichkeit gewahrt wurden,
 - ob und ggf. welche finanziellen Risiken die Landesregierung und Landesgesellschaften und/oder ihre Tochtergesellschaften mit dem Abschluss dieser Verträge eingegangen sind, welcher Schaden bei ihrer Realisierung für das Land gedroht hätte, und ob sich trotz Kündigung der Verträge Risiken bereits realisiert haben und wenn ja, in welchem Umfang und mit welchen Folgen,
 - welche Transaktionskosten der Nürburgring GmbH und dem Land entstanden sind oder entstehen können,
 - in welcher Höhe Beratungs- und Vermittlungsgebühren oder -kosten erfolgsabhängig oder erfolgsunabhängig an wen durch die Nürburgring GmbH bzw. in ihren Beteiligungen oder das Land gezahlt wurden oder werden müssen,
 - welche alternativen Finanzierungswege und Finanzierungspartner die Nürburgring GmbH oder die Landesregierung angefragt und geprüft haben oder angeboten bekamen und welche Absagen mit welchen Begründungen es ggf. von angefragten Finanzierungs- oder Investitionspartnern gegeben hat,
 - welches Finanzierungsmodell seit wann als Grundlage des Kaufes und nachfolgender Rückvermietung der neuen Anlagen am Nürburgring der IPC-Konzern, der Pinebeck-Konzern, Herr Urs Barandun oder andere natürliche und juristische Personen der Nürburgring GmbH oder Vertretern des Landes oder der Mediinvest bzw. MSR dargestellt haben,
 - welche Rolle die an diesem Finanzierungsmodell Beteiligten ggf. auch in unterschiedlichen Varianten spielen sollten oder gespielt haben,
 - ob und ggf. durch wen die Nürburgring GmbH oder die Landesregierung das Finanzierungsmodell des IPC-Konzerns bzw. des Pinebeck-Konzerns bzw. der Firmen mit Verbindung zu Urs Barandun prüfen und beurteilen ließen,
 - wer mit welchen Gründen welches Bankinstitut zur Deponierung von Mitteln in Höhe von zunächst 80 Millionen Euro, dann 95 Millionen Euro durch die Nürburgring GmbH vorgeschlagen oder bestimmt hat,
 - welche Geschäfte Vertragspartner der Nürburgring GmbH oder des Landes oder Dritte mit Hilfe des in der Schweiz eingerichteten Kontos über 80 Millionen bzw. 95 Millionen Euro ermöglicht werden sollten oder getätigt worden sind,
 - ob sich aus der Nutzung dieser Konten in der Schweiz durch Vertragspartner des Landes oder der Nürburgring GmbH irgendwelche Haftungsansprüche an das Land ergeben konnten oder ergeben haben oder ergeben können,
 - ob und ggf. welche widerrechtlichen Handlungen auf Seiten der Personen des IPC-Konzerns oder Pinebeck-Konzerns oder des Herrn Urs Barandun

- geplant oder durchgeführt wurden sowie ob und seit wann das Land oder Strafverfolgungsbehörden Kenntnis von den zugrunde liegenden Tatsachen hatten,
- in welcher Form, in welcher Weise und mit welchen Ergebnissen Prüfungen von Personen bzw. deren Unternehmen im Zusammenhang mit der Entwicklung bzw. der Finanzierung des Nürburgringprojekts erfolgte,
 - in welcher Weise Vertragspartner des Landes oder der Nürburgring GmbH oder andere Beteiligte widerrechtlichen Nutzen aus dem in der Schweiz angelegten Konto von zunächst 80 Millionen Euro, dann 95 Millionen Euro gezogen haben oder versucht haben, solchen Nutzen zu ziehen,
 - welcher materielle und immaterielle Schaden in diesem Zusammenhang für das Land und für Gesellschaften mit mittelbarer und unmittelbarer Beteiligung des Landes entstanden ist,
3. auf welche Weise die Investitionen am Nürburgring im Ergebnis finanziert wurden, insbesondere
- in welchem Umfang und in welchem Zeitraum die Nürburgring GmbH Haushaltsmittel des Landes oder des Liquiditätspools des Landes oder andere Mittel, für die das Land eine mittelbare oder unmittelbare Verantwortung trägt, insbesondere Mittel der ISB oder der RIM für die Finanzierung ihrer Investitionen in Anspruch genommen hat,
 - in welchem Umfang und zu welchen Konditionen die Nürburgring GmbH Bankkredite zur Finanzierung ihrer Investitionen aufgenommen hat,
 - ob und ggf. inwieweit bei Baubeginn durch die MSR eine gesicherte Finanzierung durch die MSR vorlag,
 - ob und ggf. zu welchem Zeitpunkt und aus welchen Gründen eine Bank aus der Finanzierung des MSR-Anteils ausgestiegen ist,
 - in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt die Mediinvest oder MSR eigenes Kapital oder Kapital ihrer Inhaber oder Teilhaber zur Finanzierung ihrer Investitionen eingesetzt hat,
 - in welchem Umfang, zu welchem Zeitpunkt und zu welchen Konditionen die Mediinvest oder MSR Mittel des Landes oder Mittel von Gesellschaften mit unmittelbarer oder mittelbarer Beteiligung des Landes, insbesondere der Nürburgring GmbH, der ISB oder der RIM für ihre Investitionen oder den Betrieb der Anlagen in Anspruch genommen haben,
 - aus welchen Gründen Kredite oder Konsortialkredite mit Geschäftsbanken privater, genossenschaftlicher oder öffentlich-rechtlicher Verfassung für die Investitionen der Mediinvest bis zu welchem Zeitpunkt nicht vereinbart werden konnten,
4. welche Beziehungen zwischen den handelnden Personen bestehen, insbesondere
- welche natürlichen Personen hinter den an der gescheiterten Vertragskonstruktion zur Finanzierung des Projektes beteiligten juristischen Personen stehen oder finanziell begünstigt werden sollten oder worden sind,
 - wie die Kontaktaufnahme und die Anbahnung der vertraglichen Beziehungen zwischen den handelnden Personen erfolgte,
 - ob über die handelnden Personen Informationen über ihre bisherige wirtschaftliche Tätigkeit und über ihre für das Projekt spezifische Kompetenz vorlagen oder eingeholt wurden und welchen Inhalt diese hatten,
 - ob finanzielle Leistungen des Landes oder von Unternehmen mit unmittelbarer oder mittelbarer Landesbeteiligung ohne angemessene Gegenleistung oder ausreichende Sicherheiten erfolgt sind,
 - ob persönliche Beziehungen zwischen Mitgliedern oder Vertretern der Landesregierung, der Nürburgring GmbH und den handelnden Personen bestehen oder bestanden haben und wie sich diese ggf. auf die Gestaltung der Geschäftsbeziehungen ausgewirkt haben,

5. wie sich die Umsetzung der vertraglichen Verpflichtungen gestaltete, insbesondere
- ob und wie die Landesregierung ihrer Aufsichtspflicht über die beteiligten Unternehmen mit mittelbarer oder unmittelbarer Landesbeteiligung nachgekommen ist,
 - welche Personen mit welchen institutionellen Aufgaben welche Entscheidungen getroffen haben oder zu welchen Entscheidungen sie andere gedrängt oder wofür sie plädiert haben,
 - in welcher Weise und in welchem Umfang die Geschäftsführung der Nürburgring GmbH den Aufsichtsrat und die Landesregierung über ihre Entscheidungen und Handlungen informiert hat,
 - wie sich die Befugnisse und die Verantwortung der Geschäftsführung durch welche vertraglichen Konstruktionen seit dem Jahr 2001 entwickelte,
 - welche Entscheidungen und Handlungen der Aufsichtsrat der Nürburgring GmbH auch auf Drängen der Landesregierung veranlasst hat,
 - ob die vorgenommene Ausreichung von Mitteln aus dem Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz haushaltsrechtlich zulässig war und wie sich diese gestaltete – im Speziellen, wie oft und in welcher Höhe Mittel an welche Beteiligten über welche Kreditinstitute geflossen sind, wer Zugriff auf diese Mittel hatte und wie der Rückfluss der Mittel gesichert war, welche Risiken bestanden und ob und sowie ggf. in welcher Höhe sich diese realisiert haben

und ob es in diesem Zusammenhang durch die Landesregierung zu Versäumnissen oder Pflichtverletzungen gekommen ist und – gegebenenfalls – wie sich diese im Einzelnen darstellen, welcher materielle und immaterielle Schaden dadurch entstanden ist und wer dafür die politische Verantwortung trägt.

Des Weiteren soll untersucht werden, inwieweit die Landesregierung in allen diesen Angelegenheiten die Gremien und Abgeordneten des Landtags Rheinland-Pfalz wahrheitsgemäß und vollständig informiert hat, die erforderliche Transparenz hergestellt hat und ihrer Rechenschaftspflicht nachgekommen ist.

II. Beweis soll insbesondere erhoben werden durch

1. Beiziehung aller Akten betreffend den Untersuchungsgegenstand, insbesondere der Staatskanzlei, des Finanzministeriums, des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, der Nürburgring GmbH, der ISB, der RIM, die den Untersuchungsgegenstand betreffenden staatsanwaltlichen Ermittlungsakten sowie die weiteren im Privatbesitz befindlichen für den Untersuchungsgegenstand maßgeblichen Unterlagen,
2. die Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen,
3. die weiteren nach der StPO zulässigen Beweismittel.

III. Der Untersuchungsausschuss soll aus elf Mitgliedern bestehen.

IV. Der Untersuchungsausschuss erstattet dem Landtag bis Ende 2010 einen Bericht.

Bertrand Adams	Bernhard Henter	Ulla Schmidt	Thomas Auler
Christian Baldauf	Michael Hörter	Arnold Schmitt	Hans-Artur Bauckhage
Anke Beilstein	Simone Huth-Haage	Heinz-Hermann Schnabel	Jürgen Creutzmann
Michael Billen	Josef Keller	Christine Schneider	Günter Eymael
Hans-Josef Bracht	Adolf Kessel	Herbert Schneiders	Werner Kuhn
Bettina Dickes	Marlies Kohnle-Gros	Gerd Schreiner	Herbert Mertin
Peter Dincher	Matthias Lammert	Ralf Seekatz	Nicole Morsblech
Josef Dötsch	Alexander Licht	Hedi Thelen	Uta Schellhaaß
Dr. Peter Enders	Elfriede Meurer	Dr. Adolf Weiland	Dr. Peter Schmitz
Guido Ernst	Dr. Norbert Mittrücker	Thomas Weiner	Rita Wagner
Dr. Thomas Gebhart	Dr. Josef Rosenbauer	Dr. Axel Wilke	
Thomas Günther	Erwin Rüdell	Walter Wirz	
Brigitte Hayn	Dorothea Schäfer		